2020/25 Inland

https://shop.jungle.world/artikel/2020/25/statistiken-kann-man-nicht-wohnen

Die Zahl der Wohnungslosen in Deutschland wächst weiter

In Statistiken kann man nicht wohnen

Von **Marie Gogoll**

In der Bundesrepublik gibt es Hunderttausende Wohnungslose, Tendenz steigend. Wie sich das Problem wirkungsvoll bekämpfen lässt, ist umstritten.

Die Zahl der Wohnungslosen in Deutschland steigt. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe schätzte im November, dass im Lauf des Jahres 2018 etwa 678 000 Menschen hierzulande ohne Wohnung waren, 4,2 Prozent mehr als im Vorjahr; von den Wohnungslosen leben etwa 41 000 Menschen ohne jegliche Unterkunft auf der Straße. Eine bundesweite amtliche Statistik gibt es jedoch bislang nicht; auch lokal gibt es kaum verlässliche Zahlen.

Immer wieder gibt es neue Bemühungen, Daten über die Wohnungslosigkeit zu erheben. Staatliche Stellen und Verbände hoffen, dadurch Hilfsangebote besser dem Bedarf anpassen zu können. Der 2019 gegründete Verein »Selbstvertretung wohnungsloser Menschen« hingegen erwartet davon keine Verbesserung.

> Versuche, umfassendere Zahlen über Wohnungs- und speziell Obdachlosigkeit zu erheben, gab es bereits mehrfach. Sie wurden harsch kritisiert.

Ursula Maria Ziegler von der Selbstvertretung lebt in Berlin und ist obdachlos. Sie sagt: »Zu Hause bleiben kann man nur, wenn man ein Zuhause hat.« Die Covid-19-Pandemie hat dieses Problem nur nochmals verschärft. Entsprechend simpel ist die Forderung der Selbstvertretung: Jeder Mensch braucht eine Wohnung. Von einer Zählung obdachloser Menschen verspricht sich der Verein nichts.

Zum Jahr 2022 will die Bundesregierung eine gesetzlich geregelte Wohnungslosenberichterstattung einführen. Bundesweit sollen Daten über Wohnungslosigkeit erhoben werden, um auf dieser Basis sozialpolitische Maßnahmen anzupassen. Als wohnungslos gelten alle Menschen ohne eigenen oder mietvertraglich abgesicherten Wohnraum. Nur wenige von ihnen leben als Obdachlose auf der Straße. Gemäß dem Plan der Bundesregierung sollen die Kommunen die Anzahl der Wohnungslosen und die von diesen genutzten Plätze in öffentlich-rechtlicher Unterkünften

erfassen und die Daten an das Statistische Bundesamt weitergeben. Ausgespart blieben demnach Wohnungslose, die auf der Straße leben, sowie solche, die nicht in staatlichen Unterkünften wohnen, sondern beispielsweise bei Bekannten.

Versuche, umfassendere Zahlen über Wohnungs- und speziell Obdachlosigkeit zu erheben, gab es bereits mehrfach. Sie wurden harsch kritisiert. So gab es in Berlin im Februar eine landesweite Zählung und Befragung Obdachloser. Im Auftrag des Berliner Senats zogen unter dem Titel »Nacht der Solidarität« drei Stunden lang Dutzende Kleingruppen aus Freiwilligen durch die verschiedenen Bezirke, um Obdachlose auf der Straße zu befragen. Das Ziel sei die Bewertung und Verbesserung bestehender Hilfesysteme, hieß es vom rot-rot-grünen Senat. Die Freiwilligen zählten auf der Straße und in Notunterkünften insgesamt 1 976 Menschen. 288 von ihnen nahmen an der Befragung teil.

Ralf Axel Simon, ebenfalls Mitglied der Selbstvertretung wohnungsloser Menschen, hält die Befragung für »völlig unsinnig«. Sie sei dilettantisch ausgeführt worden, da bei einer Zählung in so kurzer Zeit nur im öffentlichen Raum lediglich ein Bruchteil der eigentlichen Zahl der Obdachlosen erfasst werden könne, sagte er der *Jungle World*. Menschen, die in Abbruchhäusern, in Parks oder auf der Couch von Freunden schlafen, würden nicht erfasst. Ohnehin sieht die Selbstvertretung keinen Nutzen in einer solchen Zählung. Die Befragung schaffe nicht mehr Wohnungen, sondern berge vielmehr die Gefahr, gegen die Interessen der Wohnungslosen verwendet zu werden. Beispielsweise wurde bei der »Nacht der Solidarität« auch die Nationalität der Obdachlosen erfragt. Nach Auffassung der Selbstvertretung könne das nur dem Zweck dienen, Menschen ohne Aufenthaltsrecht ausfindig zu machen. Dabei habe jeder, der auf der Straße lebe, unabhängig von seiner Nationalität ein Recht auf Hilfe, so Simon.

Auch bei einer regelmäßig stattfindenden Erhebung in Hamburg wird nach der Staatsangehörigkeit gefragt. Die Erhebungen finden seit 1996 regelmäßig statt, die bislang letzte im März 2018. Dabei wurden innerhalb einer Woche Obdachlose an ambulanten Anlaufstellen der Wohnungslosenhilfe befragt. 1 910 Menschen, die obdachlos auf der Straße leben, wurden in Hamburg gezählt, also fast so viele wie 2020 in Berlin.

Stephan Nagel ist Referent der Wohnungslosenhilfe beim Diakonischen Werk Hamburg. Er vermutet, dass aufgrund der Herangehensweise die Dunkelziffer der nicht erfassten obdachlos auf der Straße lebenden Menschen in der Hamburger Erhebung geringer sei als bei der in Berlin. Dennoch bildeten die Zahlen nur einen kleinen Teil des Problems ab: In der Diskussion über Wohnungsnot müssten neben den auf der Straße lebenden Menschen auch jene berücksichtigt werden, die in öffentlich-rechtlicher Unterbringung leben, sowie Geflüchtete, die noch keine eigene Wohnung haben. Beziehe man diese Personengruppen mit ein, sei eine Gesamtzahl von etwa 22 000 wohnungslosen Menschen allein in Hamburg realistisch. Dazu kämen noch die, die zwar eine Wohnung haben, jedoch wegen Platzmangels oder fehlender Barrierefreiheit dringend eine andere benötigten.

Der Hamburger Senat fasste Ende Mai Beschlüsse zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit. Unter anderem sollen die Fachstelle für Wohnungsnotfälle vergrößert und der Wohnungsbau für sozial Benachteiligte verstärkt werden. Die Regierungsparteien SPD und Grüne sprechen von 4 000 geförderten neuen Wohnungen pro Jahr. In Relation zu

der Zahl von knapp 2 000 Obdachlosen in Hamburg klingt die Zahl hoch. Gemessen an den insgesamt etwa 22 000 unter Wohnungsnot leidenden Menschen hält Nagel die Pläne jedoch für unzureichend.

Dass sich in der Wohnungspolitik so wenig bewegt, hat Nagel zufolge mehrere Gründe. Die Wohnungswirtschaft wehre sich vehement gegen Eingriffe in den Markt zugunsten Benachteiligter. Zudem gebe es nach wie vor Ressentiments. Menschen, die Anspruch auf eine Wohnung aus sozial geförderten Bauvorhaben besitzen, stünden zu Unrecht im Ruf, unangenehme Nachbarn zu sein und die Wohngegend zum »Ghetto« zu machen. Zudem sei der Glaube verbreitet, allein soziale Arbeit sei ein wirksames Mittel gegen Wohnungslosigkeit. Damit gehe die Vorstellung einher, bei Wohnungslosen handele es sich größtenteils um Personen, die psychische Probleme hätten und nicht »wohnfähig« seien: »Diese Ideologien sind stabil in vielen Köpfen und rationalisieren das Einknicken vor der Wohnungswirtschaft«, so Nagel.

Die Bremer Sozialwissenschaftlerin Sandra Schöpke arbeitet ebenfalls zum Thema Wohnungslosigkeit. Sie findet eine statistische Erfassung des Ausmaßes von Wohnungslosigkeit grundsätzlich richtig. »Die Sozialpolitik verlangt nach Zahlen. Zahlen machen ein Phänomen zum einen sichtbar und zum anderen lässt sich erst durch sie Druck auf die Politik ausüben, nötige Handlungsschritte für das Hilfesystem abzuleiten«, so Schöpke im Gespräch mit der *Jungle World*. Eine sinnvolle Erhebung müsse sich an den Belangen der Zielgruppe orientieren und diese von Anfang an in Planung und Durchführung einbeziehen.

Schöpke plädiert für eine Wohnungspolitik, die jedem Menschen Wohnraum garantiert. Dafür müssten Wohnungen gebaut werden. Als vielversprechend betrachtet sie das Konzept »Housing First«, das aus den USA kommt, aber auch in Berlin erprobt wird. Demnach soll Hilfe für Wohnungslose nicht mehr kleinschrittig über Etappen zu einer eigenen Wohnung führen. Vielmehr soll gleich am Anfang der Hilfe eine eigene Wohnung zur Verfügung gestellt werden. Ergänzend kann es ambulante Hilfe für Menschen geben, die Schwierigkeiten haben, ihren Alltag eigenständig zu gestalten, beispielsweise wegen Alkohol- oder anderer Abhängigkeit.

Zurzeit fordern die Regeln der Wohnungslosenhilfe meist die Lösung der Probleme, die zur Wohnungslosigkeit geführt haben, bevor eine Person von einer öffentlich-rechtlichen Unterbringung in eine eigene, mietrechtlich abgesicherte Wohnung umziehen darf. Schöpke hält dem entgegen, dass Notplätze zwar kurzfristig hilfreich, jedoch keine langfristige Lösung seien. Gerade unter den Bedingungen der Pandemie sei deutlich geworden, dass Menschen, die zentral untergebracht werden und dabei wenig Privatsphäre haben, besonders verletzlich seien. Letztlich lasse sich jedoch in einem profitorientierten Wohnungsmarkt das Ziel »Wohnungen für alle« auch mit Konzepten wie »Housing First« nicht erreichen. Die Frage des Wohnraums sei somit zwangsläufig immer auch eine Systemfrage, so Schöpke.

© Jungle World Verlags GmbH